

P/XVIII/42

Bonn, den 30. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	De Gaulle zwischen Ost und West Nach der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten	97
2	Aufregung ist kein Programm Parkows dementierter Visszwaug	23
2	"Laßt doch mal den Dicken ran" ? Abgenutzter Werbeslogan	24
3 - 4	Bonner Führungsspitze ist überaltert MdB Wellen griff eine Initiative des verstorbenen Rechnungshofpräsidenten Dr. Hertel auf Von Herbert Bernköttinger	86
5 - 6	AFRIKANISCHES TAGEBUCH (I) Königliche Demokratie zunächst gescheitert Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB	6

Chefredakteur Günter Markscheffel

De Gaulle zwischen Ost und West

Nach der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten

sp - Im Ton verbindlich, in der Sache hart, hat der französische Staatspräsident de Gaulle am Montag wieder einmal angekündigt, er werde sich an den großen Entscheidungen der internationalen Politik erst dann beteiligen, wenn man Frankreich in jeder Beziehung das volle Mitspracherecht einräume. Das doppelte NEIN zu einem Nichtangriffspakt und zum Moskauer Beschluß des Atomtestverbots war zu erwarten gewesen. De Gaulle hat schon immer öffentlich und auch bei internen Besprechungen unter den westlichen Alliierten erklären lassen, daß er sich an derartige Entscheidungen der Atomkräfte nicht gebunden fühlen werde. Insofern brachte die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten nichts Neues.

Neu war dagegen die unverhohlene geäußerte Absicht, das Europa der Sechs auf der Grundlage des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu einem "Europa mit eigenem Gesicht" zu gestalten. So klar hat Charles de Gaulle dies bisher noch nie formuliert. Er sprach zwar nicht von einer "dritten Kraft" zwischen Ost und West, sagte jedoch unmißverständlich, daß seit der Gründung der NATO Europa eine andere Bedeutung erhalten habe und deswegen auch eine eigene Politik entwickeln müsse.

Bei Erwähnung dieser Absicht unterließ es de Gaulle nicht, seine Auffassung von dem Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zu betonen. Er deutete an, daß Frankreich und die Bundesrepublik gemeinsam Entscheidungen widersprechen würden, durch die von den USA, der UdSSR und Großbritannien europäisches Schicksal gestaltet werden könnte.

*Das Europa der Sechs ist für ihn die ökonomische und politische Grundlage, von der ausgehend ein solcher, ihm eines Tages vielleicht notwendig erscheinender Widerstand organisiert werden könnte. Von einem militärischen Europa der Sechs hat de Gaulle am Montag noch nicht gesprochen ..

Um die Gedanken des französischen Staatspräsidenten richtig zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß er ankündigte, er werde noch vor Ablauf dieses Jahres die Großmächte zu einer Konferenz nach Paris einladen, um mit ihnen "die Probleme des atomaren Zeitalters" zu besprechen. Das heißt mit anderen Worten: Erst wenn ich sage, jetzt ist es Zeit, über die Sicherung des Friedens zu reden, wird etwas dabei herauskommen.

*In umschriebener Form brachte de Gaulle damit einen seiner liebsten Gedanken zum Ausdruck, den er schon des öfteren formuliert und der in der Vorstellung gipfelt, daß nur ein starkes Europa unter Führung von Frankreich "mit Chruschtschow als Europäer reden" könne. Die auch zu Europa gehörenden Engländer läßt de Gaulle dabei aus, weil "sie sich für die angelsächsische Bindung entschieden" haben.

Die ersten Reaktionen auf de Gaulles Pressekonferenz sind recht unterschiedlich. Die einen haben nur das doppelte NEIN zum Atomteststopp und zum Nichtangriffspakt herausgehört. Andere stellen die angekündigte Einladung zu einer großen internationalen Konferenz in Paris in den Vordergrund. Optimisten sprechen davon, daß der französische Staatspräsident durch seinen freundlichen Ton gegenüber Amerika angedeutet habe, er wolle nicht als 1.1. e Drücken zu den Vereinigten Staaten abbrechen. Mar

ganz wenige Kommentare beschäftigen sich mit der von de Gaulle unverblümt ausgesprochenen Absicht, ein selbständig agierendes Europa der Sechs anzustreben, das entscheidend die internationale Politik und besonders den Ost-Westkonflikt beeinflussen soll.

De Gaulle hat für diese Absicht auch bereits einen Termin genannt. Er sprach vom 31. Dezember 1963, einem Datum, an dem alle ökonomischen Probleme der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - einschließlich des europäischen A g r a r marktes - geregelt sein müßten. Wenn man den Traum de Gaulles bis zu diesem Zeitpunkt nicht verwirklichte, dann werde es - wie der Staatspräsident resignierend sagte - kein selbständiges Europa geben.

Für die Politik der Bundesrepublik ergeben sich nach dieser Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten recht erhebliche Konsequenzen. Der Bundestag hat erlässlich der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages einstimmig beschlossen, das enge Bündnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik dürfe keine andere der von der Bundesrepublik eingegangenen internationalen Bindungen stören oder gar blockieren. Im deutsch-französischen Vertrag selbst ist eine Konsultationsklausel enthalten, nach der sich beide Vertragspartner verpflichten, alle sie gemeinsam betreffenden Probleme gemeinsam ihrer Lösung entgegenzuführen.

Die Frage erhebt sich, ob de Gaulles angekündigtes aussenpolitisches Programm geeignet ist, der Bundesrepublik soviel Spielraum zu lassen, daß sie tatsächlich - wie in der Präambel zum deutsch-französischen Vertrag erklärt wird - alle von ihr übernommenen anderen internationalen Verpflichtungen in vollem Umfang erfüllen kann oder nicht. Das bezieht sich sowohl auf den Beitrag der Bundesrepublik zur gemeinsamen westlichen Verteidigung, wie auch auf die erklärte Absicht, das Europa der Sechs durch die Aufnahme Großbritanniens und der skandinavischen Staaten zu einem wirklichen Europa zu gestalten.

- * Die enge Bindung Bonn an Paris läßt auch die Frage auf-
- * kommen, ob das von der Bundesregierung und vom Bundes-
- * tag für notwendig gehaltene P a r t n e r schaftsver-
- * hältnis zwischen dem freien Europa und den Vereinigten
- * Staaten tatsächlich realisiert werden kann, wenn man da-
- * ran denkt, daß de Gaulle gestern erklärt hat, das Euro-
- * pa der Sechs müsse zwischen Ost und West selbständig
- * handeln.

Das sind alles Fragen, die sich nach der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten besonders uns Deutschen anfürgen. Wir können uns glücklich schätzen, in de Gaulle einen Mann zu wissen, der schließlich immer noch die Realitäten anerkennt hat. Dieses Wissen gibt uns die Hoffnung, daß Staatspräsident de Gaulle eines Tages doch noch zu einer weniger ausschließlich auf Frankreich gemünzten Europapolitik bereit sein wird.

Aufregung ist kein Programm

sp - Mehrere Zeitungen in der Bundesrepublik wollten am vergangenen Wochenende wissen, daß Pankow beabsichtigte, für Reisen im Interzonenverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Berlin den Visazwang einzuführen. An diese Meldung anknüpfend sind - wie üblich - Kommentare geschrieben und Überlegungen angestellt worden, in denen als "Gegenmaßnahmen" von einer neuen Luftbrücke zwischen Berlin und der Bundesrepublik, der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens und anderen Möglichkeiten die Rede war. Inzwischen hat Pankow alle Gerüchte über seine angeblichen Absichten kommentiert.

Uns scheint, daß es sinnvoller wäre, wenn man nicht gleich bei allen Gerüchten über irgendwelche angeblich beabsichtigten Maßnahmen Pankows soviel Wind machen würde. Gewiß muß man von Pankow immer mit dem Schlimmsten rechnen. Aber oft sind in der Zone schon absichtlich Gerüchte ausgestreut worden, um festzustellen, wie die Reaktion im Westen ist. Je nervöser und hektischer man im Westen auf solche Gerüchte reagiert, um so größer war die Freude in Pankow und um so sicherer konnte damit gerechnet werden, daß Ulbricht wieder einmal in Moskau auf die "Unsicherheit" des Westens hinweisen würde.

Wir sagen dies, weil wir meinen, daß zum "Hardwerk" des politischen Journalisten auch die Überlegung gehört, ob eine unkontrollierte Nachricht nicht manches schlimmer machen kann als es schon ist. Die Sommerferien rechtfertigen nicht in jedem Falle eine gut gemachte Tatabmeldung. Denn: Aufregung ist kein Programm.

+ + +

"Lesst doch mal den Dicken ran" ?

sp - Der trotz seiner erst 43 Jahre so schwergewichtige Kurt Schmücker bot bei seinem Fernsehauftritt in Kurt Wessels politischer Stammtischrunde am Montagabend selbst den Beweis für die These an, daß Dick-sein noch nicht alles ist. Sein Debut als angeblicher Spitzenkandidat für die Erhard-Nachfolge in der Leitung des Bundeswirtschaftsministeriums - "Lesst doch mal den Dicken ran!" - war, und darüber werden sich nicht einmal seine Freunde und Gönner im Zweifel sein, das Gegenteil eines Erfolgs. Die Antworten, die Herr Schmücker auf schonend einfache Fragen sogar in seiner ureigensten Wirtschaftsinteressenbereich zu bieten hatte, waren von vordergründigster Überzeugungslosigkeit. Daß er trotz seiner Eigenschaft als stellvertretender Mitvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den außerhalb dieses Bereichs liegenden Problemen schwimmt, mag bei seiner jetzigen politischen Position noch angehen. Für den Leiter eines der wichtigsten Bundesressorts ist das, was Schmücker vorseigen kann zu wenig. Für die wichtige Erkenntnis verdient die Wessel-Sendung Dank, denn sie erspart der Bevölkerung der Bundesrepublik die Notwendigkeit, sich über eine Ministerpostenbesetzung zu erregen, die ihre eigene Veranlassung in angeblicher freundschaftlicher Verbundenheit mit dem künftigen Regierungschef und in dessen Dankbarkeit für geleistete Schützenhilfe im Diadochenkampf um die Adenauer-Nachfolge finden müßte. Der Hoffnungssong der CDU, "Lesst doch mal den Dicken ran!", kann für sich allein nicht zur allgemeingültigen Rezept bei der zugegeben schwierigen Lösung der Personalprobleme in einem Kabinett Erhard werden. Für solche Experimente ist der Kredit der CDU/CSU zu klein geworden.

+ + +

- 3 -

Bonner Führungsspitze ist überaltert

MdB Nellen griff eine Initiative
des verstorbenen Rechnungshofpräsidenten Dr. Hertel auf
Von Herbert Berneitinger

Ist die Bundesregierung bereit, wirksame Maßnahmen zu treffen, damit die Führungskräfte der Ministerien und der nachgeordneten Bundesbehörden, die wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand treten, durch qualifizierte Nachwuchskräfte ersetzt werden können?

Wie will die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß geeignete jüngere Beamte rechtzeitig ausgesucht und auf Führungsaufgaben im Bund und in den europäischen Gremien vorbereitet werden?

Hat die Bundesregierung die Absicht, die vom verstorbenen Präsidenten des Bundesrechnungshofes angekündigten Vorschläge zur Verbesserung des Nachwuchses für die Führungskräfte zum Gegenstand der weiteren Erörterungen zu machen?

* * *

Diese drei parlamentarischen Anfragen, die bei näherem Hinsehen "heiße Eisen" sind, haben ihren Ursprung in einer kritischen Initiative, in einem zutigen Vorstoß, den der am 26. Juli verstorbene Präsident des Bundesrechnungshofes, Dr. Guido Hertel, in seinem letzten Bericht an den Bundestag unternommen hatte.

Gerade einen Monat vor dem Tode des hochgeschätzten Präsidenten des Rechnungshofes, saß der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete, Regierungsrat Peter K e l l e n, im Bundeshaus, am noch zwei Tage vor dem Beginn der Parlamentsferien das "heiße Eisen" der - nicht nur im Bundeskanzleramt - überalterten Bonner Führungsspitze der Ministerien und der obersten Bundesbehörden im Sinne des Rechnungshofpräsidenten anzupacken.

Niemand konnte damals ahnen, daß Präsident Dr. Hertel die Antwort auf den parlamentarischen Vorstoß des Abgeordneten Nellen, die gleichermaßen auch eine Antwort auf seine kritischen Feststellungen im Rechnungsprüfungsbericht hätten werden können, nicht mehr erleben würde.

Die mittleren Jahrgänge fehlen

Dies war eine der bemerkenswertesten und in ihrer über den Tag hinausreichenden Bedeutung entscheidendsten Bemerkungen, die Präsident Dr. Hertel vor wenigen Monaten in seinem Bericht machte:

- * "Bei den Beamten des höheren Bundesdienstes und im nach-
- * geordneten Behörden erreichen nahezu alle Führungskräfte
- * (Besoldungsordnung B) die Altersgrenze in rascher Folge.
- * Besondere Bedenken erregt dabei, daß sie durch Kräfte der
- * Besoldungsgruppe A 16 (Ministerialräte, m i c h t) in aus-
- * reichender Weise ersetzt werden können, da diese Beamten
- * in den Ministerien zu fast 90 Prozent, in den nachgeordne-

- * ten Behörden beinahe ausschließlich, der Altersgruppen
- * ihrer Vorgesetzten angehören. Aus dem Überwiegend ge-
- * burtenschwachen und im zweiten Weltkrieg stark dezimier-
- * ten Jahrgängen 1913 bis 1925 kann Ersatz nur mit Mühe ge-
- * wonnen werden."

Präsident Hertel wies mit Nachdruck auch darauf hin, daß bei nor-
maler Altersschichtung die mittleren Jahrgänge von 1913 bis 1925 die
stärkste Gruppe der Beamten des höheren Dienstes (ab Regierungsrat)
bilden müßten. Tatsächlich liege ihr Anteil in den Bundesministerien
jedoch nur bei einem Drittel, in den nachgeordneten Behörden nur bei
einem Viertel der Gesamtzahl der Beamten des höheren Dienstes.

Besondere Ausbildung für Führungsnachwuchs

Dies waren die Schlußfolgerungen, die Präsident Hertel aus der
beunruhigenden Überalterung der Ministerien und Bundesbehörden gezo-
gen hat:

- * "Es wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, ausschei-
- * dende Führungskräfte vorwiegend durch langgediente Be-
- * amte zu ersetzen. Vielmehr müssen rechtzeitig jüngere
- * Kräfte, die sich nach Anlage und Fähigkeiten für eine
- * Berufung zu Führungsaufgaben eignen, durch eine beson-
- * dere Ausbildung auf diese Aufgabe vorbereitet werden."

Präsident Hertel hat die Bundesregierung daran erinnert, daß an-
dere europäische Staaten ihre Führungskräfte bereits seit langen Jah-
ren heranbilden. Da auch die Wirtschaft in Europa wie in den USA
p l a n m ä ß i g die Bildung des Führungsnachwuchses förderten, müsse
die gegenwärtige Personallage "auch die Bundesregierung veranlassen,
der systematischen Auslese und Fortbildung junger Beamter zu Führungs-
kräften größere Aufmerksamkeit zu schenken."

Der zu früh aus seiner verantwortungsvollen Arbeit für Volk und
Staat gerissene Bundesrechnungshofpräsident hat auch noch darauf auf-
merksam gemacht, daß einige Maßnahmen s o f o r t getroffen werden
können. Es solle, so meinte er, zur Regel werden, jüngeren Beamten
durch mehrmaligen Wechsel der Arbeitsgebiete die Chance zu geben, brei-
te, vielseitige Kenntnisse und Erfahrungen zu sammeln. Andererseits
sollten aber auch die Führungskräfte in die Lage versetzt werden, ihr
Erfahrungswissen p l a n m ä ß i g an geeigneten Nachwuchs weiter-
zugeben.

Eine staatspolitische Notwendigkeit

Präsident Hertel hatte zum Schluß seiner kritischen Feststellun-
gen noch gesagt, er werde das ganze Problem weiter untersuchen und zu
gegebener Zeit weitere Vorschläge zu machen. Sofern diese Vorschläge
nicht bereits vorliegen, wird Dr. Hertel sie nicht mehr machen können.
Leider! Da aber seine Anliegen inzwischen zum Gegenstand eines parlamen-
tarischen Vorstoßes geworden sind, wird auch die Regierung diese "heißen
Läden" endlich - und im Sinne von Dr. Hertel - anfassen müssen. Im Sin-
ne dieses "preussischen Beamten", im Dritten Reich wegen seiner saube-
ren Haltung auf dem Abstellgleis stand, handeln, heißt, tüchtigen jun-
gen Menschen eine Chance geben. Es heißt aber auch - und vielleicht ge-
nügt diese Andeutung - dies ohne Ansehen der Person zu tun, wie das auch
die Verfassung zwingend vorschreibt. Alles in allem: Die Verbesserung
der Altersstruktur ist auch eine staatspolitische Aufgabe!

AFRIKANISCHES TAGEBUCH (I)

Königliche Demokratie zunächst gescheitert
Von Hans-Jürgen Wischnowski, MdB

Rabat, Ende Juli 1965

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Afrika-Experte Hans-Jürgen Wischnowski befindet sich zur Zeit auf einer Afrika-Reise. Er besucht die Staaten Marokko, Guinea, Mali, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Dahomey, Nigeria, Kamerun und Kongo (Léopoldville und Brazzaville). Unter dem Sammeltitel AFRIKANISCHES TAGEBUCH wird der Sozialdemokratische Pressedienst Berichte von Hans-Jürgen Wischnowski aus den von ihm besuchten Ländern veröffentlichen. - Die Redaktion

* * *

In Marokko herrscht große Unruhe. Das Experiment mit demokratischen Wahlen und der Errichtung einer parlamentarischen Demokratie ist zunächst gescheitert. König Hassan II. und seine Regierung gehen mit Gewalt gegen die Opposition vor. Durch das Land geht eine Verhaftungswelle. Alle Zufahrtsstraßen nach Rabat sind scharfen Kontrollen unterworfen. Vorübergehend waren auch die Grenzen nach Algerien gesperrt.

Unterdrückte Opposition

Zuerst waren die Anhänger der Istiqlalpartei betroffen. Als Istiqlal noch an der Regierungsverantwortung beteiligt war, ist sie auch nicht gerade zaghaft mit ihrer Opposition umgegangen. Jetzt gehen der König und seine Regierung mit aller Schärfe gegen die U.N.F.P. (Union nationale des forces populaires) vor. Die Regierung spricht von Komplottabsichten der U.N.F.P. gegen den König. Niemand glaubt daran. Eine ganze Konferenz der U.N.F.P. mit 105 Teilnehmern, die sich mit den bevorstehenden Kommunalwahlen beschäftigen wollte, wurde verhaftet. Unter den Verhafteten befanden sich 21 Abgeordnete des marokkanischen Parlaments. Nur einige wurden bald wieder freigelassen. Andere werden noch immer gesucht. Niemand kann sagen, wieviel Verhaftungen bis jetzt vorgenommen worden sind.

"Wahlen" unter Druck

Die Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres haben dem König nicht die erwartete absolute Mehrheit gebracht. So sollen die bevorstehenden Kommunalwahlen jetzt einer Pression ausgesetzt werden, um für den

König ein besseres Ergebnis zu erreichen. Die marokkanischen Gewerkschaften und die U.N.F.P. haben inzwischen die Konsequenzen aus dieser Situation gezogen: Sie werden sich an diesen Wahlen nicht beteiligen. Die Gewerkschaften verlangen sogar den Rücktritt der schon gewählten Parlamentsmitglieder.

Verhaftet 1

Ich bin zu Gast bei Abdallah Ibrahim. Abdallah Ibrahim war unter König Mohammed V. von 1958 bis 1960 Ministerpräsident in Marokko. Er gehört zur U.N.F.P. Aber schon seit längerer Zeit hat er sich am politischen Leben in Marokko nicht mehr beteiligt. Für die Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres hat er nicht kandidiert. Er hat nach seiner Ministerpräsidentenzeit mehrere Male die Bundesrepublik besucht. Er hat in Deutschland viele Freunde.

Wir sprechen über unsere gemeinsamen Freunde. Plötzlich wird er aus dem Zimmer gerufen. Er kommt zurück und verabschiedet sich sehr schnell. Seine Frau weint. Ich spüre, daß etwas nicht in Ordnung ist. Ich gehe demonstrativ mit ihm auf die Straße. Draußen steht die Polizei, um den früheren Ministerpräsidenten des Landes zu verhaften. In diesem Augenblick kommt auch noch der Generalsekretär der marokkanischen Gewerkschaften hinzu. Es ergibt sich ein Disput. Die Polizei hat keinen Haftbefehl. Sie ist unangenehm berührt, in Hause Ibrahim einen deutschen Abgeordneten anzutreffen. Die Polizei zieht sich wieder zurück. Ibrahim kann in seinem Hause bleiben.

Der "Irrtum"

Abends rufen mich marokkanische Freunde an; sie teilen mir mit, daß die Polizei noch einmal wiedergekommen ist, um sich zu entschuldigen. Es habe sich um einen Irrtum gehandelt. Ich glaube nicht an diesen Irrtum, meine Freunde auch nicht.

Ich weiß jetzt, warum der frühere Ministerpräsident Abdallah Ibrahim nicht für die Parlamentswahlen kandidiert hat. Mit willkürlichen Verhaftungen kann man keine parlamentarische Demokratie schaffen. Allerdings kann man mit willkürlichen Verhaftungen auf die Dauer auch keine Monarchie aufrechterhalten.